

für den Regierungsbezirk Düsseldorf

191. Jahrgang

Ausgegeben in Düsseldorf, am 16. Juli 2009

Nummer 28

**B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung****Allgemeine Innere Verwaltung**

- 291 Zulegung Dr. Wilhelm Landmann-Stiftung zu der WASAG-Stiftung für Studiumsförderung. S. 251
- 292 Gebietsänderung zwischen den Städten Moers und Neukirchen-Vluyn. S. 251
- 293 Zurücknahme einer Vermessungsgenehmigung (Dipl.-Ing. Udo Stichling, Wuppertal). S. 252

Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

- 294 Bekanntgabe nach § 3a UVPG über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben der Firma Henkel AG & Co. KGaA, Henkelstraße 67, 40689 Düsseldorf. S. 252
- 295 Bekanntgabe nach § 3a UVPG über die Feststellung der UVP-Pflicht für ein Vorhaben der Firma Sasol Solvents Germany GmbH, Römerstr. 733, 47443 Moers. S. 252
- 296 Antrag der Firma TSTG Schienen Technik GmbH & Co. KG, Kaiser-Wilhelm-Str. 100 in 47166 Duisburg auf Erteilung einer Änderungsgenehmigung nach § 16 des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG). S. 253

- 297 Aufhebung der Wasserschutzgebietsverordnung Emmerich III (Elten). S. 253

Sozialangelegenheiten

- 298 Berichtigung der Urkunde über die Neuordnung der KKG St. Michael, Dormagen, St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich und St. Martinus, Dormagen-Zons. S. 254

**C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen
anderer Behörden und Dienststellen**

- 299 Ungültigkeitserklärung eines Dienstaussweises (PK Sven Scheibe). S. 255
- 300 Verlust eines Polizeidienstausweises (Polizeioberst Georg Szigeti). S. 255
- 301 Ungültigkeitserklärung einer Kriminal-Dienstmarke (Kriminalhauptkommissar Dieter Hopf). S. 255
- 302 Kraftloserklärung eines Sparkassenbuchs (Nr. 3 220 054 385). S. 256
- 303 Aukaufbot für ein Sparkassenbuch (Nr. 3 221 790 334). S. 256

B.
Verordnungen,
Verfügungen und Bekanntmachungen
der Bezirksregierung

Allgemeine Innere Verwaltung

- 291 Zulegung**
Dr. Wilhelm Landmann-Stiftung zu der
WASAG-Stiftung für Studiumsförderung

Bezirksregierung
21.13-St. 283 u. 1217

Düsseldorf, den 6. Juli 2009

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat die Beschlüsse für die Zulegung der Dr. Wilhelm Landmann-Stiftung (St. 1217) zu der WASAG-Stiftung für Studiumsförderung (St. 283) gemäß § 5 Abs. 2 StfG NRW mit Wirkung vom 30.06.2009 genehmigt.

Die Dr. Wilhelm Landmann-Stiftung (St. 1217) ist damit erloschen. Ihr Vermögen wird der WASAG-Stiftung für Studiumsförderung (St. 283) übertragen.

Etwaige Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei dem mit der Liquidierung beauftragten Vorstand der H&R WASAG AG & Landmann STIFTUNG (St. 283), c/o H&R Wasag AG, z.H. Frau Hemker, Am Sandtorkai 64, 20457 Hamburg, anzumelden.

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 251

- 292 Gebietsänderung zwischen den**
Städten Moers und Neukirchen-Vluyn

Bezirksregierung
31.01.01.01/15

Düsseldorf, den 1. Juli 2009

Gebietsänderungsverfügung

Aufgrund der §§ 17 Abs. 1 und 19 Abs. 3 und 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666/SGV. NRW. 2023), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Juni 2008 (GV. NRW. S. 514), in Kraft getreten am 16. Juli 2008 verfüge ich nachfolgende Gebietsänderung:

1.

(1) Aus dem Gemeindegebiet der kreisangehörigen Stadt Moers wird eine Fläche von insgesamt 0,29 ha ausgegliedert und in das Gemeindegebiet der kreisangehörigen Stadt Neukirchen-Vluyn eingegliedert. Die nachfolgenden Grundstücke werden von der Gebietsänderung erfasst:

Gemarkung Repelen, Flur 52

Flurstück-Nr. 686, 948, 949

(2) Aus dem Gemeindegebiet der kreisangehörigen Stadt Neukirchen-Vluyn wird eine Fläche von insgesamt 0,32 ha ausgegliedert und in das Gemeindegebiet der kreisangehörigen Stadt Moers eingegliedert. Die nachfolgenden Grundstücke werden von der Gebietsänderung erfasst:

Gemarkung Neukirchen, Flur 1

Flurstück-Nr. 1661

2.

Gemäß § 19 Abs. 4 GO NRW wird der Gebietsänderungsvertrag zwischen den Städten Moers und Neukirchen-Vluyn vom 05.11.2008/10.11.2008 hiermit bestätigt.

3.

Diese Verfügung wird am 01. November 2009 wirksam.

In Vertretung

Lepper

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 251

293

**Zurücknahme einer
Vermessungsgenehmigung**

(Dipl.-Ing. Udo Stichling, Wuppertal)

Bezirksregierung
31.03.01-2416

Düsseldorf, den 30. Juni 2009

Die dem Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur

Dipl.-Ing. Udo Stichling
Hügelstraße 15
42277 Wuppertal

am 23.01.1995 erteilte Vermessungsgenehmigung II für den

Dipl.-Ing. Thomas Küttner
ist am 25.05.2009 erloschen.

An die
Kreise und
kreisfreien Städte
als Katasterbehörden
des Regierungsbezirks

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 252

Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

294

**Bekanntgabe nach § 3 a UVP
über die Feststellung der UVP-Pflicht
für ein Vorhaben der Firma
Henkel AG & Co. KGaA, Henkelstraße 67,
40689 Düsseldorf**

Bezirksregierung
53.01-100-53.0070109/0101.1

Düsseldorf, den 8. Juli 2009

Die Firma Henkel AG & Co. KGaA, Henkelstraße 67, 40589 Düsseldorf hat mit Datum vom 30.10.2008 einen Antrag auf Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 BImSchG für die wesentliche Änderung der Anlage 80 „Kraftwerk“ gestellt.

Antragsgegenstand ist die Änderung der Anlage 80 – Kraftwerk – durch den Einsatz von Methanol-Mixbrennstoff im Kessel 1, der alternativen Verle-

gung der Eindüsung des Sonderbrennstoffs von der Seitenwand in den Kohlebrenner 1 und 2 des Kessels 1 und den Einsatz zweier neuer Sonderbrennstoffe zur Mitverbrennung im Kessel 1 des Kraftwerks, gestellt.

Das Vorhaben bedarf nach § 3 e Abs. 1 Ziffer 2 in Verbindung mit § 3 c Abs. 1 UVPG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Gemäß § 3 c Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Ziffer 4.2 der Anlage 1 zum UVPG ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Im vorliegenden Fall hat die diese Vorprüfung ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das beantragte Vorhaben nicht zu erwarten sind.

Gemäß § 3 a Satz 1 UVPG stelle ich daher fest, dass für das beantragte Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

Die Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

Dratwa

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 252

295

**Bekanntgabe nach § 3 a UVPG
über die Feststellung der UVP-Pflicht
für ein Vorhaben der Firma Sasol Solvents
Germany GmbH, Römerstr. 733, 47443 Moers**

Bezirksregierung
53.01-100-53.008509/0401B1

Düsseldorf, den 6. Juli 2009

Die Firma Sasol Solvents Germany GmbH, Römerstr. 733, 47443 Moers hat mit Datum vom 23.03.2009 einen Antrag auf Genehmigung gemäß § 16 Abs. 1 BImSchG für die wesentliche Änderung der Anlage zur Herstellung von Isopropylalkohol (IPA-Anlage) durch den Austausch von vier Pumpen im Bereich der IPEDestillation auf dem Werksgelände der Sasol Solvents Germany GmbH, Römerstr. 733, 47443 Moers gestellt.

In der Diisopropylether-Destillation soll durch den Austausch von vier Pumpen der Produktionsablauf optimiert werden. Die Produktionsmenge in der IPE-Destillation wird dadurch von 5.000 t/a auf 9.000 t/a Diisopropylether (DIPE) erhöht. Die Produktionskapazität der IPA-Anlage von 175.000 t/a Rein-Isopropylalkohol bleibt unverändert.

Gemäß § 3 e Abs. 1 Ziffer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Ziffer 4.1 Spalte 1 der Anlage 1 zum UVPG und in Verbindung mit § 3 c Abs. 1 UVPG ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzu-

führen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörde aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Im vorliegenden Fall hat die allgemeine Vorprüfung im Einzelfall ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das beantragte Vorhaben nicht zu erwarten sind.

Gemäß § 3 a Satz 1 UVPG stelle ich daher fest, dass für das beantragte Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

Die Feststellung ist gemäß § 3 a Satz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
Gühlstorf

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 252

**296 Antrag der Firma
TSTG Schienen Technik GmbH & Co. KG,
Kaiser-Wilhelm-Str. 100 in 47166 Duisburg
auf Erteilung einer Änderungsgenehmigung
nach § 16 des Bundesimmissionsschutzgesetzes
(BImSchG)**

Bezirksregierung
53.01-100-53.0259/08/0306.1

Düsseldorf, den 7. Juli 2009

Die Firma TSTG Schienen Technik hat mit Datum vom 12.12.2008 einen Antrag auf Erteilung der Genehmigung gemäß § 16 BImSchG für die wesentliche Änderung des Profilwalzwerkes durch

- Erhöhung der Durchsatzleistung des Hubbalkenofens von derzeit 110 t/h auf 150 t/h,
- Errichtung und Betrieb einer verfahrbaren Richtpresse,
- Errichtung und Betrieb einer Verladehilfe,
- Verlängerung des Warmbettes von 60 m auf 125 m,
- Einbau eines Absenkrollenganges,
- Erneuerung des Hubbalkenbettes (125 m lang/ 11 m breit),
- Errichtung der Adjustage 1,
- Neubau des Prüfzentrums,
- Umstellung von Koksgas auf CO-Gas (Konvertergas) als Brenngas für den Hubbalkenofen,
- Einbau einer Trenneinrichtung in den Absenkrollengang/Aufstellung einer Hartmetallsäge im Absenkrollengang,
- Umsetzung der Heißeisensäge im Bereich Warmprofilvermessung zum Ende des Kühlbettes,
- Errichtung einer Warmprofilvermessungsanlage,
- Errichtung einer Sägelinie 5 in der Adjustage 2,
- Errichtung eines Rillenschienenzentrums,
- Erneuerung der Stempelmaschine,
- Ofenverlängerung am Hubbalkenofen gestellt.

Gemäß § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Nr. 3,6 der Anlage 1 zum UVPG ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen, wenn das Vorhaben nach Einschätzung der zuständigen Behörden aufgrund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 2 zum UVPG aufgeführten Kriterien erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Im vorliegenden Fall hat die allgemeine Vorprüfung im Einzelfall ergeben, dass erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen durch das beantragte Vorhaben nicht zu erwarten sind. Gemäß § 3 a Satz 1 UVPG stelle ich daher fest, dass für das beantragte Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht.

Gemäß § 3 a Satz 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag
Brandt

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 253

**297 Aufhebung der Wasserschutzgebiets-
verordnung Emmerich III (Elten)**

Bezirksregierung
54.06.03.02 – KLE – 73 –

Düsseldorf, den 8. Juli 2009

**Ordnungsbehördliche Verordnung
zur Aufhebung
der ordnungsbehördlichen Verordnung
zur Festsetzung eines Wasserschutz-
gebietes für das Einzugsgebiet der
Wassergewinnungsanlage Emmerich III (Elten)
der Stadtwerke Emmerich
vom 09.12.1985**

(Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf
vom 19.12.1985, Nr. 51, S. 358)

In der Fassung der Änderungsverordnung
vom 15.03.1990

(Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf
vom 22.03.1990, Nr. 12, S. 84)

Aufgrund

- der §§ 19 und 41 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG –) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.12.2008 (BGBl. I S. 2986),
- der §§ 14, 15, 116, 117, 134 bis 141, 150, 161 und 167 Abs. 2 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG –) vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. S. 926/SGV. NRW. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.12.2007 (GV. NRW. S. 708/SGV. NRW. 77),
- der §§ 12, 25, 27 bis 30, 33 und 34 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz – OBG –) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528/SGV. NRW. 2060), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.04.2005 (GV. NRW. S. 274/SGV. NRW. 2060),

wird im Einvernehmen mit der Bezirksregierung Arnsberg, Abt. 6 Bergbau und Energie Nordrhein-Westfalen, verordnet:

Die am 27.12.1985 in Kraft getretene ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für den Einzugsbereich der Wassergewinnungsanlage Emmerich III (Elten) der Stadtwerke Emmerich in der durch Änderungsverordnung vom 15.03.1990 ab 01.04.1990 gültigen Fassung wird hiermit aufgehoben.

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 6. Juli 2009

Bezirksregierung Düsseldorf
als Obere Wasserbehörde
54.06.03.02 – KLE – 73 –

Im Auftrag
Dr. Barteis

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 253

Sozialangelegenheiten

298 Berichtigung der Urkunde über die Neuordnung der KKG St. Michael, Dormagen, St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich und St. Martinus, Dormagen-Zons

Bezirksregierung
48.03.11.02

Düsseldorf, den 2. Juli 2009

Berichtigung der URKUNDE

über die Neuordnung der Kirchengemeinden
(Pfarrgemeinden)

St. Michael, Dormagen, St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich und St. Martinus, Dormagen-Zons

im Dekanat Grevenbroich/Dormagen
Seelsorgebereich Dormagen-Süd

Zu:

5. Namensänderung des Fondsvermögens, Grundbuchberichtigung

Im Hinblick auf die erforderliche Rechtsklarheit werden die bislang im Grundbuch vermerkten Bezeichnungen von kirchlichen Institutionen mit eigener Rechtspersönlichkeit (sog. Fonds-Vermögen) im Wege der Grundbuchberichtigung wie folgt geändert:

*Katholische Kirchengemeinde
St. Michael, Dormagen*

jeweils mit dem nachfolgenden Fondszusatz
Grundbuch Blatt Fondszusatz
von

Dormagen	1233B	<i>Fabrikfonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Dormagen	1006	<i>Fabrikfonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Straberg	108	<i>Fabrikfonds der Pfarrkirche St. Michael</i>

Dormagen	237	<i>Pfarrfonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Dormagen	2453	<i>Pfarrfonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Hemmerden	555	<i>Pfarrfonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Kapellen	177	<i>Pfarrfonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Dormagen	191	<i>Vikariefonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Dormagen	4347	<i>Vikariefonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Dormagen	4348	<i>Vikariefonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Dormagen	4568	<i>Vikariefonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Dormagen	4604	<i>Vikariefonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Dormagen	5795	<i>Vikariefonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Dormagen	5796	<i>Vikariefonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Straberg	47	<i>Vikariefonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Zons	1256	<i>Stiftungsfonds der Pfarrkirche St. Michael</i>
Hackenbroich	1083	<i>Fabrikfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Eulenberg	173	<i>Fabrikfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Sinnersdorf	4263	<i>Fabrikfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	163	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4752	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4753	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4754	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4756	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4757	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4758	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4759	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4760	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>

Hackenbroich	4761	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4762	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Hackenbroich	4765	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Eulenberg	110	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Katharina, Dormagen-Hackenbroich</i>
Dormagen	798	<i>Fabrikfonds der Kirche St. Martinus, Dormagen-Zons</i>
Nievenheim	767	<i>Fabrikfonds der Kirche St. Martinus, Dormagen-Zons</i>
Nievenheim	775	<i>Pfarrfonds der Kirche St. Martinus, Dormagen-Zons</i>
Nievenheim	770	<i>Küstereifonds der Kirche St. Martinus, Dormagen-Zons</i>
Zons	3632	<i>Stiftungsfonds der Kirche St. Martinus, Dormagen-Zons</i>
Zons	3636	<i>Stiftungsfonds der Kirche St. Martinus, Dormagen-Zons</i>
Dormagen	9132	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen- Horrem – ½ zu Anteil –</i>
Dormagen	9251	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9253	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9255	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9256	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9257	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9264	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9266	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9268	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9270	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9272	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
Dormagen	9318	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>

Straberg	715	<i>Pfarrfonds der Kirche Zur Heiligen Familie, Dormagen-Horrem</i>
----------	-----	--

† Joachim Kardinal Meisner
Erzbischof von Köln

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 254

C.

Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

299 Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises (PK Sven Scheibe)

Polizeipräsidium Duisburg
ZA 21 – 1504

Duisburg, den 8. Juli 2009

Der von der ZPD Linnich am 03.07.2003 aus-
gestellte Dienstausweis Nr.: 0320690 des PK Sven
Scheibe ist 04.07.2009 in Verlust geraten.

Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt.

Im Auftrag
Schuberth

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 255

300 Verlust eines Polizeidienstausweises (Polizeiobererrat Georg Szigeti)

Der Landrat
als Kreispolizeibehörde Mettmann

Mettmann, den 29. Juni 2009

Der von der LZPD NRW in Linnich für den Poli-
zeiobererrat Georg Szigeti am 18.03.2003 aus-
gestellte Dienstausweis mit der Nummer 316 135 ist
in Verlust geraten.

Der Ausweis ist hiermit für ungültig erklärt.

Im Auftrag
Specht

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 255

301 Ungültigkeitserklärung einer Kriminal-Dienstmarke (Kriminalhauptkommissar Dieter Hopf)

Polizeipräsidium Wuppertal
ZA 2.1.1

Wuppertal, den 29. Juni 2009

Die an den Kriminalhauptkommissar Dieter Hopf vom PP Wuppertal ausgegebene Dienstmarke Nr. 4288 ist in Verlust geraten.

Im Auftrag
Zimmermann

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 255

**302 Kraftloserklärung
 eines Sparkassenbuchs**
(Nr. 3 220 054 385)

Das Sparkassenbuch Nr. 3 220 054 385 wird nach § 16 SpkVO NRW für kraftlos erklärt.

Solingen, den 2. Juli 2009

Stadt-Sparkasse Solingen
Der Vorstand

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 256

303 Aufgebot für ein Sparkassenbuch
(Nr. 3 221 790 334)

Es wird das Aufgebot für das Sparkassenbuch Nr. 3 221 790 334 (Alt 11 790 334) beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens bis zum 30.09.2009 seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen. Widrigenfalls erfolgt die Kraftloserklärung der Urkunde.

Solingen, den 30. Juni 2009

Stadt-Sparkasse Solingen
Der Vorstand

Abl. Reg. Ddf. 2009 S. 256



Veröffentlichungsersuche für das Amtsblatt und den Öffentlichen Anzeiger – Beilage zum Amtsblatt – sind nur an die Bezirksregierung Düsseldorf – Amtsblattstelle – Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf, zu richten.

Das Amtsblatt mit dem Öffentlichen Anzeiger erscheint wöchentlich.

Redaktionsschluss: Freitag, 10.00 Uhr

Laufender Bezug nur im Abonnement. Abonnementsbestellungen und -abbestellungen können für den folgenden Abonnementszeitraum – 1. 1. bis 30. 6. und 1. 7. bis 31. 12. – nur berücksichtigt werden, wenn sie spätestens am 30. November bzw. 31. Mai der ABO-Verwaltung von A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf, Fax (02 11) 96 82/229, Telefon (02 11) 9 68 22 41, vorliegen.

Bei jedem Schriftwechsel die auf dem Adressenetikett in der Mitte obenstehende sechsstelligen Kundennummer angeben, bei Adressenänderung das Adressenetikett mit richtiger Adresse an die ABO-Verwaltung von A. Bagel zurücksenden.

Bezugspreis: Der Bezugspreis beträgt halbjährlich 12,- Euro und wird im Namen und für Rechnung der Bezirksregierung von A. Bagel im Voraus erhoben.

Einrückungsgebühren für die 2spaltige Zeile oder deren Raum 0,92 Euro.

Einzelpreis dieser Ausgabe 1,60 Euro zzgl. Versandkosten.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelstücke werden durch A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf,

Fax (02 11) 96 82/2 29, Telefon (02 11) 9 68 22 41, geliefert. Von Vorabsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur auf Grund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung.

Herausgeber: Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf

Internet: www.bezreg-duesseldorf.nrw.de

Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel, Grafenberger Allee 82, 40237 Düsseldorf

Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach